



WEICHENSTELLUNG FÜR ÖSTERREICH

Der „Fahrplan der
Industrie“ weist den
Weg aus der Rezession

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M

Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



FORSCHUNG & INNOVATION

ÖAW-Präsident Heinz Faßmann
im Interview

Seite 5



STEIERMARK

Genehmigungsverfahren
als Wettbewerbsfaktor

Seite 10

IV-ZUKUNFTSMONITOR

Vertrauen in Industrie und
Unternehmen hoch

Seite 4

EU-Sonderzölle auf E-Autos aus China

Ende Oktober wird mit den finalen Ergebnissen der Anti-Subventionsuntersuchung sowie einem entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle gerechnet. Welche Effekte hätten diese Zölle?

Die Europäische Kommission hat im Oktober 2023 aufgrund des Verdachts auf wettbewerbsverzerrende Subventionen ein Verfahren gegen Elektrofahrzeuge aus China eingeleitet.

Innerhalb Europas unterstützt vor allem Frankreich die Maßnahmen, während Deutschland skeptisch bleibt. Deutsche Autobauer haben sich weitgehend gegen neue Zölle ausgesprochen; aufgrund der befürchteten Gegenreaktion Chinas. Auch Österreich warnte vor einer drohenden Vergeltungsspirale.

Internationaler Vergleich

Die USA haben zuletzt ihre Zölle auf chinesische Elektroautos von 25 Prozent auf 100 Prozent erhöht und heben Zusatzzölle unter anderem auch auf Stahl- und Aluminiumprodukte sowie Halbleiter ein. Auch Kanada zog mit einem Zollsatz von 100 Prozent auf chinesische Elektroautos sowie 25 Prozent auf Stahl- und Aluminiumprodukte aus China nach.

Preissteigerung erwartet

Das Wirtschaftsforschungsinstitut WIFO schätzt in einer aktuellen Studie eine langfristig geringfügige Preissteigerung in der EU durch Sonderzölle um durchschnittlich 0,3–0,9 Prozent. Kurzfristig wären jedoch größere Effekte zu erwarten. Insgesamt rechnen Expertinnen und Experten mit einem Rückgang der Kfz-Einfuhren aus China um 42 Prozent. Die Produktion in der EU könnte der Studie zufolge leicht steigen: Es wird mit einer Erhöhung der Wertschöpfung um 0,4 Prozent gerechnet.¹ 2023 wurden noch 500.000 E-Autos aus China in die EU importiert.



EU-Mitgliedstaaten entscheiden

Die Europäische Kommission wird den Mitgliedstaaten voraussichtlich Ende Oktober 2024 die finalen Ergebnisse der Anti-Subventionsuntersuchung sowie den entsprechenden Vorschlag für endgültige Sonderzölle vorlegen. Die Mitgliedstaaten entscheiden dann über die Einführung mit qualifizierter Mehrheit. Die Zusatzzölle könnten folgend

ab Herbst 2024 vorerst für eine Dauer von fünf Jahren gelten. Aktuell beträgt der reguläre Zollsatz auf Kraftfahrzeugimporte dieser Kategorie zehn Prozent, Strafzölle würden nun zusätzlich zu diesem Satz auferlegt werden.

Konkret könnten einer ersten Mitteilung über den Untersuchungsabschluss zufolge endgültige Zölle zwischen 17 Prozent

und 36,3 Prozent fixiert werden. BMW und Volkswagen würden damit beispielsweise einen Zollsatz von 21,3 Prozent bezahlen, Tesla allerdings nur mehr neun Prozent.

¹ Studie: „Kiel Policy Brief: Time to be Open, Sustainable, and Assertive: Tariffs on Chinese BEVs and retaliatory measures“ (IFW Kiel, WIFO, FIW, ASCII; Juli 2024).

Expertenmeinung von DIETER DREXEL

Nationaler Energie- und Klimaplan (NEKP): Selbstverpflichtung als Hypothek für den Standort?

Eine der letzten Aktivitäten der Bundesregierung in der laufenden Legislaturperiode war die Übermittlung des NEKP-Entwurfs an die EU-Kommission. Der NEKP, eine Art gesammelte Werke zur Energie- und Klimapolitik eines Landes, soll gegenüber der EU-Kommission die Ernsthaftigkeit belegen, mit der ein Mitgliedsstaat sein jeweiliges Klimaziel bis zum Jahr 2030 verfolgt.

Für Österreich liegt dieses Ziel bei minus 48% gegenüber dem Basisjahr 2005. Über die Aussichten Österreichs, dieses Ziel zu erreichen, lässt sich trefflich streiten, immerhin hat bis vor Kurzem eine Lücke von 13 Prozentpunkten zwi-

schen sämtlichen auf mehreren Hundert Seiten im NEKP aufgelisteten Maßnahmen und dem genannten Ziel von 48% geklafft. Über den Sommer konnte diese Lücke vermeintlich geschlossen werden, insbesondere mit der mittlerweile breit kolportierten Maßnahme, die „klimaschädlichen Subventionen“ abschaffen zu wollen. Eine solche Maßnahme hätte zweifelsohne eine relevante Wirkung auf die Emissionen unseres Landes, allerdings wohl auch auf den finanziellen Spielraum von Menschen und Unternehmen, denn solche sogenannten „klimaschädlichen Subventionen“ sind prominente Instrumente (wirtschafts-)politischer Gestaltung. Je nach Quelle sind solche vermeintlichen „Subven-

tionen“ das Dieselprivileg, die Pendlerpauschale, die Steuerfreiheit von Flugbenzin, die Dienstwagenbesteuerung, freie Zertifikate im Emissionshandel, die Energiesteuerrückerstattung für energieintensive Unternehmen u. a. m. Diese Liste kennend verwundert es auch nicht, dass die Interpretation der Verbindlichkeit des sommerlichen Lückenschlusses der oben genannten 13 Prozentpunkte selbst innerhalb der Bundesregierung unterschiedlich ausfällt.

Während die Grünen mit der NEKP-Einigung bereits einen Gutteil der genannten Themen erledigt wissen wollen, sieht die ÖVP erst den Beginn eines Prozesses zur näheren Definition „klimaschäd-



Dieter Drexel, stv. Bereichsleiter Klima, Infrastruktur, Transport, Ressourcen & Energie, Umwelt; Industriellenvereinigung.

licher Subventionen“. Was dies für die Ernsthaftigkeit bedeutet, mit der unser österreichischer, nun in Brüssel liegender NEKP die Zielerreichung bis 2030 unterlegt, soll an dieser Stelle ebenso wenig diskutiert werden wie die Plausibilität der politischen Zielsetzung, gerade einmal zehn Jahre später, nämlich bis 2040, als Volkswirtschaft gänzlich klimaneutral sein zu wollen.

Endlich raus aus der Rezession!

Österreich muss die Weichen neu stellen: Weg vom Vollkasko-Staat, hin zu Eigeninitiative und Risikobereitschaft. Weg vom völlig reaktionären Belastungsmantra, hin zu Fortschritt, Innovation und Leistung – nur das schafft neuen Wohlstand.



W er die aktuelle Realität in der österreichischen Wirtschaft kennt, war nicht überrascht: die österreichische Nationalbank senkte Mitte September die Wachstumsprognosen für 2024 und 2025 drastisch. 2024 ist ein weiteres Rezessionsjahr.

Umso mehr wird die anstehende Nationalratswahl für Österreich zu einer Richtungsentscheidung: Wollen wir die Weichen Richtung Zukunft und Aufschwung stellen oder biegen wir ab in eine Welt der Steuererhöhungen, weniger Leistung und weiterer Aufblähung des schuldenfinanzierten Sozialstaats inklusive Unternehmensvertreibungsprogramms? Wann, wenn nicht jetzt – im dritten Jahr der Wirtschaftsschrumpfung – muss es in diesem Land ein Zurückbesinnen auf offenbar vergessene Tugenden geben. Wir müssen weg vom Vollkasko-Staat,

der Eigeninitiative und Risikobereitschaft hemmt. Wir sollten stolz auf unsere verantwortungsvolle Wirtschaft und Industrie sein und sie fördern, anstatt sie zu diffamieren und zu vertreiben. Treten wir dem gelebten Unternehmer-Bashing entschieden entgegen!

Wir brauchen Wachstum, um uns sozialen und ökologischen Herausforderungen stellen zu können, und nicht immer höhere Sozialausgaben auf Pump. Angesichts eines Staatshaushaltes, der an der Grenze zum EU-Defizitverfahren kratzt, ist dies umso dringlicher. Wir müssen mit dem Missverständnis aufräumen, dass eine Ausweitung des Sozialstaats zu mehr Wohlstand führt. Im Gegenteil, das kann nur mit diesem Rezept gelingen: Fortschritt, Innovation und Leistung schaffen Wohlstand. Diese Werte sind es, für die auch die heimische Industrie mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern steht.

Entscheiden wir uns am 29. September für eine ehrliche Entlastung bei Steuern und Bürokratie. Wählen wir Offenheit in den Bereichen Technologieentwicklung und Welthandel. Wählen wir eine grüne Transformation, die im Sinne eines Wachstumsdeals auf die Chancen ausgerichtet ist. Entscheiden wir uns für einen effizienten Staat, der es arbeitenden Menschen ermöglicht, sich etwas aufzubauen.

Beunruhigend für den Sozialstaat ist hingegen, dass die Gruppe der Einkommensteuer-Zahler schrumpft. Vor 20 Jahren hatte die Gruppe derjenigen, die KEINE Einkommensteuer bezahlen, lediglich einen Anteil von rund einem Viertel, nun ist diese Zahl auf rund 34 Prozent angewachsen. Immer weniger arbeitende Menschen finanzieren dieses System. Ein Umstand, der uns bei den Pensionen längst auf den Kopf fällt.

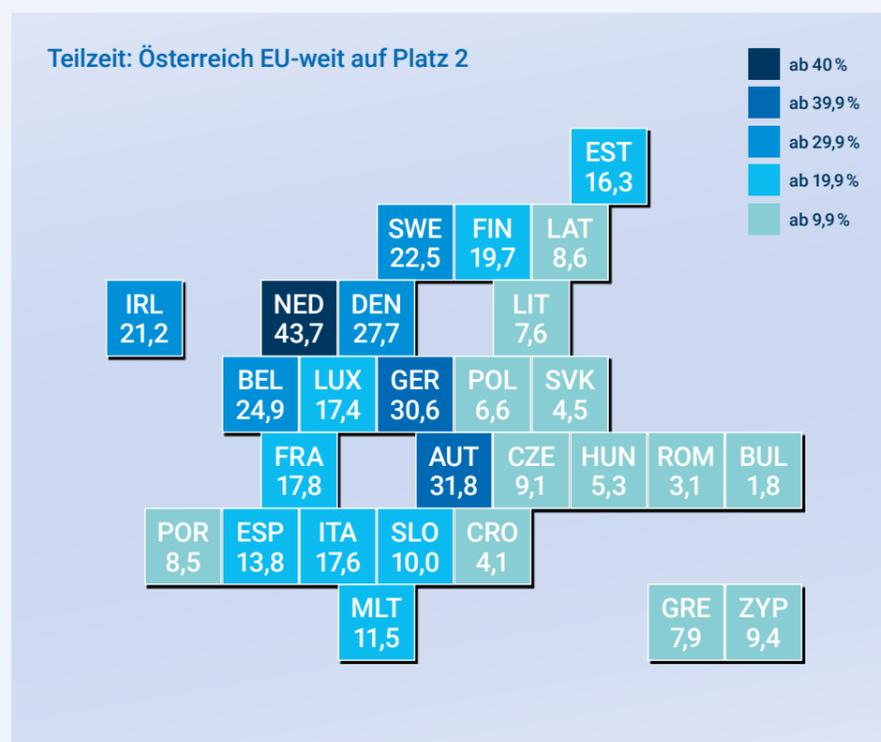
Wir als Industriellenvereinigung haben einen Fahrplan ausgearbeitet, der einen Weg aus dem wirtschaftlichen Schlamm weist (siehe Seiten 6-7). Dieser steinige Weg führt vorbei an so mancher unpopulären Maßnahme, ist aber alternativlos. Wir müssen das Rückgrat der österreichischen Wirtschaft jetzt stärken und den Weg Richtung Zukunft und Aufschwung ebnen.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

Grafik des Monats

Österreich hat beim Anteil der Teilzeit-Arbeitsverhältnisse einen zweifelhaften Stockerlplatz in der Europäischen Union: 31,8 Prozent aller Beschäftigten arbeiteten im 1. Quartal 2024 in Österreich in Teilzeit – nur in den Niederlanden ist dieser Anteil mit 43,7 Prozent noch höher; am dritten Platz steht Deutschland mit 30,6 Prozent. Vor allem in den osteuropäischen Mitgliedsländern ist die Teilzeitquote viel niedriger, in Bulgarien sind es nur 1,8 Prozent. Für Österreich liegen auch bereits die Zahlen für das zweite Quartal 2024 vor: Laut Statistik Austria arbeiteten von April bis Juni 51,6 Prozent aller erwerbstätigen Frauen in Teilzeit, bei den Männern waren es 13,9 Prozent. Vor 30 Jahren lag die Frauen-Teilzeitquote hierzulande nur bei 26 Prozent, bei Männern bei vier Prozent. Angesichts des jetzt bereits erheblichen Fach- und Arbeitskräftemangels wäre eine Senkung der Teilzeitquote enorm wichtig, um Arbeitskräftepotenziale zu heben. Dafür müssen aber entsprechende Reformen umgesetzt werden.



Zahl des Monats

210.000

Das ist die Anzahl der aktuell in Österreich fehlenden Fach- und Arbeitskräfte laut einem aktuellen Bericht des Wirtschaftsministeriums an das Parlament. Die demografische Entwicklung wird allerdings dafür sorgen, dass diese Zahl in den nächsten zehn bis zwölf Jahren auf rund 540.000 ansteigen wird. Die Jahrgänge der Babyboomer-Generation, die jetzt in Pension gehen, sind größer als jene Jahrgänge, die im erwerbsfähigen Alter sind bzw. jetzt nachrücken. Gemäß der Hauptvariante der Bevölkerungsprognose der Statistik Austria wird die erwerbsfähige Bevölkerung wohl bereits heuer erstmals nicht mehr zunehmen und von 5,54 Millionen Menschen bis zum Jahr 2035 auf 5,3 Millionen abnehmen.

IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at
Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06. Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Redaktion: Aniko Benkö, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Marlena Mayer, Michael Mairhofer, Claudia Mischensky, Christoph Robinson, Michaela Roither, Irene Schulte, Nermina Tičević, Simon Kampfl.
Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich. Lektorat: Bernhard Paratschek, Sabine Till.

Grafik: Nicola Skalé, Sarah D'Agostino.

Druck: Druck Styria GmbH & Co KG, 8042 Graz. Erscheinungsort: Wien. Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 8 x jährlich in einer Auflage von 8.300 Stück, Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at.

Fotos (Cover bzw. Coverstory): Media Apparat bzw. Österreichische Akademie der Wissenschaften, IV-Burgenland/Adobe Stock, IV-Kärnten/Helge Bauer, IV-NÖ/Adobe Stock, IV-OÖ, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/iStock, IV-Tirol/Frischauf, IV-Vorarlberg, IV-Wien/Wirtschaftsagentur Wien

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.



IV-Zukunftsmonitor – Österreich 2024

Nur ein Viertel der Befragten ist mit dem politischen System zufrieden. Die Mehrheit spricht sich für Zuwanderung gegen den Fachkräftemangel aus. Das Vertrauen in Industrie und Unternehmen ist weiterhin hoch.

Der IV-Zukunftsmonitor ist ein mit dem Institut für empirische Sozialforschung (IFES) durchgeführter sozialwissenschaftlicher Indikator und liefert seit 2019 umfassende empirische Daten über den aktuellen und künftigen Zustand der österreichischen Gesellschaft. Die Erkenntnisse des IV-Zukunftsmonitors sollen dazu beitragen, die Lebenssituation der Menschen im Land und ihre Erwartungen an die Zukunft (besser) zu verstehen. Das unterstützt Unternehmen bei der Planung der Zukunft und die Politik bei der Gestaltung der Rahmenbedingungen für Wirtschaft und Gesellschaft.

Die Auftaktveranstaltung zur Präsentation der Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors 2024 fand am 9. September im Haus der Industrie mit anschließender Podiumsdiskussion statt. Das mit Petra Draxl (AMS), Georg Feith (CAG Holding GmbH), Judith Kohlenberger (WU Wien) und Kathrin Stainer-Hämmerle (FH Kärnten) hochkarätig besetzte Expertenpodium zeigte mit Moderator Markus Hengstschläger (Meduni Wien) klar: Es besteht dringender politischer Handlungsbedarf, um dem Fachkräftemangel in Österreich wirkungsvoll entgegenzutreten. Migration spielt dabei eine maßgebliche Rolle, ist die Geburtenbilanz ab 2030 doch kontinuierlich negativ. IV-Generalsekretär Christoph Neumayer betonte in seiner Eingangsrede, dass ohne Zuzug aus dem Ausland der steigende Arbeitskräftebedarf (540.000 in den nächsten zwölf Jahren) nicht zu stemmen sein wird. Hierfür bedarf es einer umfassenden Migrationsstrategie, die eine erfolgreiche Integration der ausländischen Arbeits- bzw. Fachkräfte und ihrer Familien gewährleistet. Mehr als die Hälfte der Befragten des



Der IV-Zukunftsmonitor wurde im Rahmen der Präsentation im Haus der Industrie von Experten diskutiert.

IV-Zukunftsmonitors erkennt die Notwendigkeit von Migration und stimmt Migration zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ausdrücklich zu.

Das Vertrauen der österreichischen Bevölkerung in eine positive Entwicklung des Landes sinkt jedoch zusehends: 68 % der Befragten glauben, dass Österreich sich in die falsche Richtung entwickelt. Trotz hohem Interesse an Politik ist fast die Hälfte der Befragten mit dem politischen System in Österreich derzeit nicht zufrieden. Positiv hervorzuheben ist das hohe Vertrauen in Unternehmen; sie belegen nach der Polizei Rang zwei im Vertrauensranking der Institutionen, noch

vor Justiz und Gerichten, die traditionell ein hohes Vertrauen genießen. 77 % der Befragten stimmen zu, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen, und 68 % sind der Überzeugung, dass die Industrie der Motor der österreichischen Gesamtwirtschaft ist. Allerdings ist nur rund ein Drittel der Meinung, dass das wirtschaftliche und politische Klima in Österreich günstig für Unternehmensgründungen ist. In Bezug auf eine neue Regierung gilt daher der Appell, durch sachorientierte Politik die nötigen Rahmenbedingungen zu schaffen, um Unternehmertum zu fördern und das Vertrauen und die Zufriedenheit in der Bevölkerung mit dem politischen System zu steigern.



WEBTIPP

Alle Ergebnisse des IV-Zukunftsmonitors: www.zukunftsmonitor.at.

Expertenmeinung von KARL FUCHS

Breite Ablehnung von Steuer-Luftschlössern

Eine aktuelle Umfrage zeigt, dass Vermögen- und Erbschaftsteuern in Österreich unpopulär sind. Die Befragten sind überzeugt, dass auch der Mittelstand betroffen wäre.



Die Fantasie manch wahlwerbender Gruppierung, wonach mit neuen Vermögen- und Erbschaftsteuern das Budget gerettet würde und damit auch noch Beliebtheits-Contests zu gewinnen seien, erweist sich als Luftschloss. Medienübergreifend wurde zuletzt etwa die SPÖ-Rechnung, wonach solche Steuern zahllose Wahlzuckerln finanzieren könnten, zerlegt. Nun weist eine neue Umfrage (Stichprobe: 800 Befragte/Schwankungsbreite: +/- 3,5%), die Meinungsforscher Peter Hajek im Auftrag des Aktienforums und der Industriellenvereinigung durchführte, nach, dass auch die Bevölkerung diese neuen Steuern rundweg ablehnt.

Steuern fressen Wohlstand

So sehen laut der Umfrage 65 Prozent der Befragten die internationale Wettbewerbsfähigkeit durch solche Steuern gefährdet, fast gleich viele (64%) sehen den heimischen Wohlstand bedroht. Neue Vermögen- und Erbschaftsteuern würden, so sagen es zudem 62 Prozent der Befragten, nicht nur „Superreiche“, sondern auch „den Mittelstand“ und heimische Familienbetriebe treffen. Willkürlichen Freigrenzen, die zur Besänftigung der Wählerschaft kommuniziert wurden, wird also kein Glauben geschenkt. Selbst die Hälfte der SPÖ-Wählerinnen und -Wähler ist der Meinung, dass der Mittelstand betroffen sein würde. Nicht umsonst wurden die damals bestehenden



Karl Fuchs, Wirtschafts-, Finanz- & Rechtspolitik, Unternehmensrecht; Geschäftsführer Aktienforum; Industriellenvereinigung.

Vermögenssteuern ja auch 1993 von einem SPÖ-Finanzminister abgeschafft. Konkret zu Erbschaftsteuern befragt halten 68 Prozent der Befragten diese für eine Form von „Doppelbesteuerung“ und lehnen diese ab. Vermögenssteuern halten 74 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher für eine „Schnüffelsteuer“. Bei den befragten SPÖ-Wählerinnen und -Wählern sind es noch immer 67 Prozent.

Forschung und Innovation als „wesentliche Triebkräfte“

Heinz Faßmann ist seit 2022 Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften und spricht im Interview über die Rolle der Grundlagenforschung und Möglichkeiten, Forschung und Innovation in Österreich und Europa zu stärken.



Heinz Faßmann ist Präsident der Österreichischen Akademie der Wissenschaften.

Was sind aus Ihrer Sicht als Präsident der Akademie der Wissenschaften wichtige Weichenstellungen für die FTI-Politik Österreichs?

Heinz Faßmann: In einem Land ohne nennenswerte Rohstoffe, aber mit hohen Löhnen, ausgebauten Sozialstandards und mit einer alternden Bevölkerung stellen Forschung und Innovation die wesentlichen Triebkräfte einer erfolgreichen Wirtschaft dar. Was sollte sonst den Erfolg auf den Märkten der Welt sicherstellen, als innovative Produkte, die besser sind als die der Konkurrenz? Daraus folgt ein klares Bekenntnis der Politik zu wachsenden Forschungsbudgets, aber auch zur langfristigen Absicherung derselben. Wir haben die 3% Forschungsquote erreicht, wir sollten für die kommenden Jahre 4% anvisieren; wir haben dreijährige Leistungsvereinbarungen erreicht, wir sollten diese um weitere drei Jahre erweitern. Wir können uns keine Zickzack-Politik leisten, wir brauchen Strategie und langfristige Planungssicherheit.

Was braucht eine strategische FTI-Politik in Europa und wie können wir Österreich auf europäischer Ebene positionieren?

Europa befindet sich im Wettkampf gegen die USA und China und verliert derzeit an Bevölkerung, Wirtschaftskraft und Innovationskapazität. Es ist daher richtig und wichtig, dass wir mit Horizon das weltweit größte Forschungsprogramm auflegen, und gleichzeitig ist es wichtig, die Mitgliedstaaten nicht aus ihrer Verantwortung zu entlassen. So gut kann Horizon gar nicht dotiert werden, um das auszugleichen, was die Mitgliedstaaten verabsäumen. Vier Staaten in der EU übertreffen die Forschungsquote von 3% des BIP, aber sieben Staaten liegen unter einem Prozent. Wenn wir Europa im globalen Wettbewerb stärken wollen, dann müssen wir alle mehr investieren, den Wettbewerb um Forschungsgelder stärken, teure Infrastrukturen gemeinsam betreiben und die Schrebergartenmentalität aufgeben.

Wir haben in der österreichischen FTI-Landschaft viele Akteure – wie können wir robuste und innovative Ökosysteme bauen und den Technologietransfer sowie Gründungen stärken?

Ich bin als Akademiepräsident Vertreter der Grundlagenforschung; wir forschen breit, unabhängig und ergebnisoffen. Forschende haben ein besseres Gefühl für gute Forschungsfragen als die ministerielle Bürokratie oder die politischen Berater. Mir ist trotz der Grundlagenorientierung der gesamte Forschungsbogen wichtig und ich lege Wert darauf, dass Forschung nicht zum Selbstzweck betrieben wird. Forschung muss auch vor dem Hintergrund der eingesetzten Steuergelder eine inhaltliche Legitimation erfahren: Wohin führt die Forschung, welcher gesellschaftliche Mehrwert wird damit erzielt, gibt es konkrete Anwendungsmöglichkeiten? Das sind Fragen, die wir intern immer wieder diskutieren. Die ÖAW ist übrigens jene außeruniversitäre Institution mit den

meisten Spin-offs, und wenn wir unser Fächerspektrum berücksichtigen, auch jene mit den meisten ERCs.

Spitzenforschung findet in einem hochkompetitiven Umfeld statt. Welche Maßnahmen sind erforderlich, um für internationale Talente attraktiv zu sein und die besten Köpfe in Österreich zu halten?

Es ist nicht nur das Gehalt, das intellektuelle Umfeld, und es sind nicht nur die Kooperationen mit den Universitäten und den forschungsstarken Unternehmen und nicht nur die Lebensqualität in dieser Republik – es ist alles zusammen. Wir sind ein Forschungsland und wir arbeiten auch an der ÖAW täglich daran, die Attraktivität des Forschungslands zu verbessern und die Botschaft nach außen zu tragen.

NÄCHSTES EU-FORSCHUNGSRAHMENPROGRAMM AUS SICHT DER IV

Die Industriellenvereinigung hat ihre Positionen zum kommenden Forschungsrahmenprogramm der EU vorgelegt. Der Input fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs.

Auf EU- und Mitgliedstaatenebene laufen die Debatten zu einem neuen EU-Forschungsrahmenprogramm immer intensiver. Die Empfehlungen der von der EU-Kommission eingesetzten High Level Expert Group zu FP10 werden demnächst veröffentlicht. Die IV hat ihre erste Positionierung eingebracht, die sie über die neu aufgesetzte IV-„EU Task Force FTI“ erarbeitet hat. Der Input der IV fließt in eine Gesamtpositionierung Österreichs, die durch das entsprechende Ressort des BMBWF koordiniert wird.

AUSGEWÄHLTE SCHLÜSSELPRIORITÄTEN DER IV FÜR DAS FP10:

- Die IV fordert ein schlagkräftiges und von anderen Initiativen klar abgegrenztes Budget von mindestens 200 Mrd. Euro und eine Verdoppelung der derzeitigen Dotierung für Schlüsseltechnologien und industrielle Zukunftsbereiche.
- Das EU-Forschungsrahmenprogramm stärkt nicht nur für Europa, sondern auch in Österreich exzellente europäische Spitzenforschung und transnationale Kollaboration und hat daher enorme strategische Relevanz. Dies stellt einen wichtigen Wettbewerbsvorteil für EU-FTI-Ökosysteme gegenüber globalen Mitbewerbern dar. Wie seine Vorgänger muss FP10 daher Bereiche für angewandte und transnationale kollaborative Forschung und Entwicklung stärken, die fast ausschließlich in der derzeitigen zweiten Säule des Programms stattfinden.
- Öffentlich-private FTI-Partnerschaften sind zentral für die Umsetzung von strategisch-langfristigen F&E-Agenden und haben einen starken Hebel für die Entwicklung und Umsetzung neuer Technologien, für die Bewältigung globaler Herausforderungen und die Weiterentwicklung der Industrie. Sie sollten ein klarer Schwerpunkt von FP10 sein.
- Es braucht einen stärkeren proaktiven Austausch mit der Industrie, nicht zuletzt aus strategischem Interesse für Europa. Um der hohen strategischen Bedeutung der kollaborativen Forschung und Entwicklung im FP gerecht zu werden, sollte ein industriegeführtes High-Level-Board für „Industrial Competitiveness and Technology Development“ für die zweite Säule des FP eingerichtet werden.
- FP10 muss von einem ergebnisorientierten Ansatz und dem Kriterium der Exzellenz getragen werden.



FÖRDERUNG VON MINT-REGIONEN AB 2025

MINT ist die Superkompetenz unserer Zeit. Sie ist nicht nur Grundvoraussetzung, um unsere immer komplexer werdende Welt verstehen zu können, sie eröffnet auch beste Karriereperspektiven und die Möglichkeit, die Lösungen für die großen gesellschaftlichen Probleme aktiv mitgestalten zu können.

Um mehr junge Menschen für den naturwissenschaftlich-technischen Bereich zu begeistern, bündeln Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Unternehmen, Vereine und die kommunale Verwaltung seit 2023 ihre Kräfte in bereits 14 „MINT-Regionen“, einer Initiative, die von der IV gemeinsam mit dem BMBWF und in Kooperation mit der „MINTality“-Stiftung, dem OeAD und der aws ins Leben gerufen worden ist. Nun wurde ein Fördercall für ausgezeichnete MINT-Regionen über eine Mio. Euro aus den Mitteln des Fonds Zukunft Österreich angekündigt, um ab 2025 kooperative MINT-Projekte mit Fokus auf Chancengleichheit zu unterstützen.

Bereits jetzt und bis 20. Jänner 2025 ist die Bewerbung um das „MINT-Regionen“-Qualitätslabel möglich, das Voraussetzung für eine monetäre Projektförderung ist.

Weitere Informationen: www.mint-regionen.at.

Weichenstellung für die Zukunft

Der „Fahrplan der Industrie“ weist den Weg zu wichtigen wirtschaftspolitischen Stationen, die den Boden für den nächsten wirtschaftlichen Aufschwung bereiten.

Das dritte Quartal 2022 markiert den Beginn einer konjunkturellen Abwärts-spirale in der österreichischen Industrie – und derzeit ist kaum Licht am Horizont erkennbar, wie die jüngste Konjunkturumfrage der Industriellenvereinigung bestätigt. Die Bruttowertschöpfung lag im zweiten Quartal real um mehr als drei Prozent unter jener des vergleichbaren Zeitraums des Jahres 2023. Für die zweite Jahreshälfte rechnen Ökonomen bestenfalls mit einer Stagnation. „Die anstehende Nationalratswahl wird für Österreich zu einer Weichenstellung: Nehmen wir die richtigen Abzweigungen, führen uns die nächsten Stationen in den Aufschwung“, sagt Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung. „Die gute Nachricht: Der richtige Fahrplan liegt am Tisch – jetzt geht es darum, sich möglichst schnell auf den Weg zu machen.“

Österreichs exportorientierter Industrie fehlt es derzeit an starken außenwirtschaftlichen Impulsen. Vom wichtigen deutschen Markt ist auf absehbare Zeit nicht mit solchen zu rechnen, aber auch aus Fernmärkten wie den USA oder China sind die Signale derzeit verhalten. Hinzu kommen stark gestiegene Kosten, die die Position am hart umkämpften Weltmarkt noch schwieriger gestalten: Die Lohnstückkosten sind im internationalen Vergleich zu hoch, die Energiepreise steigen wieder und die enorm gestiegenen Berichtspflichten haben die Bürokratie zu einem deutlich spürbaren Kostenfaktor werden lassen.

Keine neuen Steuern

Die erste Weiche, die gestellt werden muss, ist für die Industriellenvereinigung klar: ein sofortiger Stopp für neue Belastungen. „Die im Wahlkampf mehrfach gewälzten neuen Steuerideen müssen sofort vom Tisch“, fordert Knill. „Allein die Diskussion über neue Steuern auf Eigentum und die Wiederbelebung zu Recht abgeschaffter Steuern schadet dem Standort bereits enorm.“ Österreich hat bereits jetzt eine der höchsten Steuer- und Abgabenquoten und damit kein Einnahmenproblem. Dass das vorhandene Steuergeld besser eingesetzt werden kann, sehen auch breite Teile der Bevölkerung so: Eine Befragung von Peter Hajek im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Aktienforums ergab, dass 82 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher der Ansicht sind, dass für die Finanzierung von Kindergärten und Pflege keine neuen Steuern notwendig sind (Details zur Umfrage siehe Expertenmeinung auf Seite 4).

Die nächste Station am Fahrplan Richtung Aufschwung und Zukunft sind aus Sicht der Industrie breite Entlastungsmaßnahmen. Die hohe Steuer- und Abgabenquote von 43,2 Prozent muss bis 2030 kontinuierlich auf 40 Prozent gesenkt werden. Eine der wichtigsten Stellschrauben sind für die IV die Lohnnebenkosten: „Eine Senkung der Lohnnebenkosten ist ein Win-win: Sie würde den hohen Kostendruck der



Betriebe mildern und dafür sorgen, dass auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mehr Netto vom Brutto bleibt“, so der IV-Präsident.

Strukturreformen

Neben diesen unmittelbaren Nachjustierungen im Steuersystem braucht es laut Knill auch mutige Strukturreformen, um die angespannte Budgetsituation nachhaltig zu entlasten. „Für keinen anderen Politikbereich wird mehr aus dem Bundesbudget zugeschossen wie für die Pensionen – es sind dafür vier Mal so viel Mittel vorgesehen wie für Wissenschaft und Forschung“, mahnt Knill. Kurzfristig brauche es dringend eine Anhebung der Untergrenze des Korridor pensionsalters; langfristig eine laufende Anpassung des Pensionssystems an die gestiegene Lebenserwartung. Zwei Drittel der OECD-Staaten haben bereits ein Nachhaltigkeitssystem implementiert.

Industrial Deal

Eine weitere Weichenstellung ist in Sachen Green Deal notwendig: „Umwelt- und Industriepolitik hängen eng zusammen, das scheint in den vergangenen Jahren vor allem auf EU-Ebene übersehen worden zu sein. Die Industrie versteht die grüne Transformation als enorme Chance und es ist uns bewusst, dass wir an einem der stärksten Hebel für die Umsetzung sitzen. Dafür braucht es aber die richtigen Rahmenbedingungen und

keine einseitige, populistische Klimapolitik“, sagt Knill. Der Green Deal müsse neu gedacht werden und als technologieoffener, wettbewerbsfähiger Industrial Deal sowie als echter Wachstumsdeal gelebt werden.

Weniger Bürokratie

Um Berichts- und Meldepflichten für Unternehmen zu reduzieren, gibt es viele kleine Schrauben, an denen gedreht werden muss – dabei geht es um Maßnahmen wie Einheitlichkeit bei der Auslegung der EU-Berichterstattung oder auch die Durchsetzung des Once-Only-Prinzips. Aber auch schon kleinere Schritte wie die Möglichkeit, die Unterlagen auf Englisch einzureichen, sei es zum Firmenbuch oder auch das Führen der Bücher und Aufzeichnungen im Bereich des Steuerrechts, wären eine wesentliche Erleichterung“, erklärt der IV-Präsident.

Dieser „Fahrplan der Industrie“ habe das Zeug dazu, Österreich aus der schwierigen wirtschaftlichen Lage zu geleiten und den richtigen Rahmen zu schaffen, um kommende Wachstumsimpulse bestmöglich nutzen zu können. „Wenn es dann noch gelingt, die EU-Pläne zur Stärkung des Binnenmarkts umzusetzen und Partnerschaften mit dynamischen Wirtschaftsräumen in anderen Weltregionen umzusetzen, wäre der Boden für einen Aufschwung gut aufbereitet“, so Knill abschließend.



Industrie setzt auf konsensorientierte Bildungsreformen

Im Haus der Industrie diskutierten die Bildungssprecher der Parlamentsparteien über die Zukunft des Bildungssystems in Österreich. Dabei ging es um konkrete Lösungsansätze.

Anfang September kamen die Bildungssprecherinnen und Bildungssprecher aller Parlamentsparteien im Haus der Industrie zusammen, um über die Zukunft des österreichischen Bildungssystems zu diskutieren. Unter dem Titel „Bildung: Das Fundament für einen starken Wirtschaftsstandort! Lösungen finden. Konsens schaffen. Zukunft gestalten“ präsentierten die Parteienvertreterinnen und Parteienvertreter konkrete Lösungsansätze für die Herausforderungen im österreichischen Bildungssystem.

Mutige Reformen

Aus Sicht der IV ist klar, dass mutige Reformen in der künftigen Legislaturperiode dringend notwendig sind, um das Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Sekundarstufe nachhaltig zu stärken und somit die Grundlage für eine zukunftsfähige Gesellschaft und Wirtschaft zu legen. Beste Bildung ist zentral für gesellschaftlichen Zusammenhalt, Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft.

Konsens über Bildungsziele notwendig

Die Industriellenvereinigung brachte drei wesentliche Forderungen vor, die als Grundlage für die Diskussion dienen:

1. Einführung eines bundesweiten Qualitätsrahmengesetzes für die Elementarbildung:

Um allen Kindern in Österreich die gleichen Startchancen zu ermöglichen, ist ein einheitliches Gesetz notwendig, das klare Rahmenbedingungen für die Arbeitsbedingungen, die Ausbildung der Pädagoginnen und Pädagogen sowie die Bildungsziele in der frühkindlichen Bildung festlegt. Dies soll dazu beitragen, soziale Ungleichheiten abzubauen und ein starkes Fundament für den Bildungserfolg jedes Kindes zu schaffen.

2. Stärkung der Grundbildung durch eine Bildungspflicht bis zur achten Schulstufe:

Die IV setzt sich für die Einführung einer Bildungspflicht ein, die alle Schülerinnen und Schüler mit den notwendigen praxisbezogenen Grundkompetenzen in Deutsch, Mathematik und Englisch ausstattet. Besonders wichtig ist der Fokus auf lebensnahe Wirtschaftsbildung, die die Schülerinnen und Schüler ermächtigt, aktiv am wirtschaftlichen Leben teilzunehmen. Regelmäßige externe Schulleistungsbeurteilung soll sicherstellen, dass diese Bildungsziele konsequent umgesetzt und weiterentwickelt werden.

3. Förderung der Integration durch Bildung:

Der Bildungsbereich spielt eine entscheidende Rolle bei der Integration. Bereits im Kindergarten müssen Deutschkenntnisse und gemeinsame Werte vermittelt werden, um die Basis für eine erfolgreiche



V. l. n. r.: Christoph Neumayer (IV-Generalsekretär), Rudolf Taschner (ÖVP), Sibylle Hamann (Grüne), Petra Tänzler (SPÖ), Martina Künsberg Sarre (Neos), Hermann Brückl (FPÖ), Gudrun Feucht (IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft), Manuela Raidl (Moderation)

Integration zu schaffen. Multiprofessionelle Teams, die Lehrkräfte in ihrer Arbeit unterstützen, sind dabei ebenso wichtig wie ein besserer Verteilungsschlüssel für Kinder mit Sprachdefiziten.

Industriellenvereinigung sieht sich dabei als Impulsgeber und hat ein umfassendes Bildungsprogramm „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“ vorgelegt.

Aus Sicht der IV ist künftig ein strukturierter Bildungsdialog notwendig, der über Legislaturperioden hinausgeht und alle relevanten Stakeholder einbindet. Die

WEBTIPP

Weiterführende Informationen:
www.beste-bildung.at.

Olympiade für die „klugen Köpfe“ der Zukunft

Die Industriellenvereinigung unterstützte wieder den Tag der Wissenschaftsolympiade, an dem Österreichs beste Schüler in den MINT-Disziplinen zusammenkommen.

Am 20. Juni fand wieder der Tag der Wissenschaftsolympiade statt, an dem die größten jungen Talente im MINT-Bereich zusammenkommen – mit Unterstützung der Industriellenvereinigung. Das Event hat sich zu einem wichtigen Ereignis im österreichischen Bildungskalender entwickelt und bringt die besten Schüler zusammen, die Österreich bei internationalen Olympiaden in Mathematik, Physik, Chemie, Informatik und Philosophie vertreten. Organisiert vom Bildungsministerium in Zusammenarbeit mit der Universität Wien zielt der Tag darauf ab, herausragende Talente in den MINT-Fächern und der Philosophie zu fördern und ihre Leistungen bekannter zu machen.

IV-Bereichs Bildung und Gesellschaft, betonte dabei die entscheidende Rolle der Wissenschaftsolympiaden für die Zukunft der österreichischen Wirtschaft, da sie die „klugen Köpfe“ hervorbringen, die notwendig sind, um zukünftige Herausforderungen zu meistern.

Die österreichischen Teilnehmer erzielten bei den Wissenschaftsolympiaden 2024 tatsächlich bemerkenswerte Erfolge: Bei der Mathematik-Olympiade in Großbritannien erreichte das Team mit 127 Punkten das beste Ergebnis seit 1991. Auch bei der Balkan-Physik-Olympiade und der Mädchen-Informatik-Olympiade wurden Medaillen errungen, darunter eine Goldmedaille in Informatik. Besonders hervorzuheben ist die Chemie-Olympiade in Saudi-Arabien, bei der alle österreichischen Teilnehmer Medaillen gewannen, darunter eine Goldmedaille. Diese Erfolge zeigen das hohe Niveau der österreichischen Talente und unterstreichen die hohe Bedeutung der Begabtenförderung.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden die österreichischen Teams, die an den bevorstehenden internationalen Olympiaden teilnehmen, von Bildungsminister Martin Polaschek im BMBWF empfangen. Gudrun Feucht, Leiterin des



Gudrun Feucht, IV-Bereichsleitungen Bildung und Gesellschaft und Christoph Neumayer, IV-Generalsekretär

Neue JI-Studie zum Pensionssystem

Ergebnis: Dringender Reformbedarf bei den Pensionen.

Eine aktuelle Studie von Eco Austria im Auftrag der Jungen Industrie analysiert die zukünftigen Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems und unterstreicht die Dringlichkeit, rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, um die finanzielle Nachhaltigkeit zu gewährleisten. Der demografische Wandel, insbesondere der Anstieg des Altersabhängigkeitsquotienten (Verhältnis zwischen Pensionisten und Erwerbstätigen), stellt das System vor erhebliche Herausforderungen. Bis 2060 wird erwartet, dass auf einen Pensionisten nur noch etwa zwei Erwerbstätige kommen, was die Ausgaben für Pensionen in die Höhe treiben und den finanziellen Druck auf den Staat erhöhen wird.

Die Studie betont, dass nicht nur die Pensionsausgaben, sondern auch die Kosten in anderen altersabhängigen Bereichen wie Gesundheit und Pflege steigen werden. Dies könnte die finanziellen Spielräume des Staats einschränken und die Wettbewerbsfähigkeit Österreichs gefährden. Es ist daher essenziell, Maßnahmen zu priorisieren, die sowohl die Zukunftsfähigkeit des Pensionssystems stärken als auch die Belastung des Einkommens ausgleichen.

Um den Herausforderungen zu begegnen, arbeitet die Studie mehrere Reformansätze aus. Eine zentrale Empfehlung ist die schrittweise Erhöhung des Pensionsantrittsalters. Diese Maßnahme würde nicht nur die Nachhaltigkeit des Pensionssystems verbessern, sondern auch dem zunehmenden Fachkräftemangel entgegenwirken. Allerdings sind begleitende Maßnahmen mitzudenken, um den Übergang für ältere Arbeitnehmer zu erleichtern, etwa flexible Arbeitszeitmodelle sowie ein altersgerechtes Arbeitsumfeld. Diese sollen aber, wie die OECD argumentiert, nicht so gestaltet

sein, dass sie erst recht zu einem vorzeitigen Ausscheiden aus dem Erwerbsleben führen.

Darüber hinaus wird eine Reduktion der Neuzugänge in Invaliditätspensionen durch präventive Gesundheitsmaßnahmen empfohlen. Ein weiterer Ansatz zur Stabilisierung des Systems ist die Förderung der privaten und betrieblichen Altersvorsorge: Steuerliche Anreize könnten dazu beitragen, die Attraktivität dieser Vorsorgeformen zu steigern, und somit den Druck auf das staatliche Pensionssystem verringern.

Abschließend spricht sich die Analyse dafür aus, dass insbesondere Maßnahmen zu unterlassen sind, die die Ausgabedynamik des Systems weiter verstärken. Dabei wird der Pensionserhöhungsautomatismus angesprochen, der jährlich die Ausgaben für Pensionen an die Inflation anpasst und somit weiter erhöht.

Insgesamt zeigt die Studie klar auf, dass die Herausforderungen des österreichischen Pensionssystems nur durch eine Kombination aus Reformen und strategischer Planung bewältigt werden können. Eine rechtzeitige Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen ist entscheidend, um die langfristige Sicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten und die finanziellen Belastungen für kommende Generationen zu minimieren.

Die gesamte Studie zum Nachlesen finden Sie hier:



WUNSCH ANS CHRISTKIND ...

... oder an die nächste (vernünftige) Bundesregierung.

Meine Weihnachtswünsche möchte ich dieses Jahr einmal etwas verfrüht loswerden: Ende September ist (wieder mal) Zeit der Weichenstellung – diesmal für das „gelobte“ Österreich. Die Aussichten sind eher trist, das Land steht vor einer weiteren Zersplitterung zwischen links und rechts.

Dabei steht fast nur mehr Ideologie im Vordergrund. Ein sachlicher Austausch ist kaum mehr möglich. Auf der Strecke bleiben vernünftige, langfristige Reformen und Entlastungen für die arbeitenden Menschen sowie die Wirtschaft. Schaut man sich die Wahlprogramme an, entdeckt man eigentlich nur Kosten und Ausgaben – Effizienzreformen oder Gegenfinanzierungen sind scheinbar gerade out.

Dabei brauchen wir das dringend. Neben einer gezielten, langfristigen Pensionsreform müssen wir das Geld gezielt und vor allem zukunftsgerichtet einsetzen. Wo bleibt die Idee eines österreichischen Staatsfonds, der sich unabhängig von Wahlperioden Gedanken macht, wie wir unser Geld als gesamter Staat vermehren können? Der strategisch in Forschung, Entwicklung oder Bildung investiert? Sich um echte Digitalisierung kümmert und praxistaugliche KI-Projekte fördert? Oder sinnvoll visionäre Startups finanziert, damit auch endlich (neue) österreichische Unternehmen bei den Top-Playern weltweit mitspielen können? Was ich vermisst, ist eine Vision für Österreich: Wie wollen wir junge Menschen motivieren, zur Wahl zu gehen, wenn sie nur mit Problemen konfrontiert werden und niemand eine Idee von Österreich in der Zukunft hat?

„Man kann ja noch träumen“ – vielleicht kratzt der Standort Österreich noch die Kurve und erkennt rechtzeitig, dass Unternehmen immer mehr abwandern. Eventuell erkennt ein Politiker, dass uns die USA und China schon lange abgehängt haben, was Innovationskraft und Investitionsfreude betrifft. Auch Indien ist drauf und dran, Europa zu überholen. Uns bleibt übrig zu wünschen, dass wir aufhören, uns mit uns selbst zu beschäftigen, und uns mutig den Herausforderungen stellen, die wir uns in den letzten Jahrzehnten selbst eingebrockt haben.

Wird schon werden!

Julia Aichhorn,
Bundvorsitzende der Jungen Industrie

Erfolgreicher JI-Jungunternehmertag in Graz

Zum ersten Mal fand ein bundesweiter Jungunternehmertag statt, bei dem sich alles um Unternehmertum drehte.

Am 29. August 2024 trafen sich junge Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Österreich in Graz zum ersten Jungunternehmertag der Jungen Industrie. Der Tag begann mit einer inspirierenden Keynote von Karl Rose, der spannende Einblicke in die „Zukunft der Energiewende“ gab. Anschließend konnten die Teilnehmenden in verschiedenen Workshops ihr Wissen vertiefen. Besonders beliebt waren Themen wie „AI Use Cases in Business“ mit Isabella Nowotny-Hengl sowie „Kraft der Marke“ mit Florian Rock und Lukas Schwering, die praxisnahe Einblicke und wertvolle Strategien boten.



Nach einem gemeinsamen Mittagessen, das Raum für Networking bot, folgten weitere Workshops, unter anderem zu „Commercial Excellence“ von Constantin Krenn und Ursina Müller und „Mitarbeiterbeteiligung & FlexKap“ mit Martin Mertel und Angelika Kurz. Ein Highlight war das Kamingespräch mit Alfred Marchler von der ZETA Holding, das mit persönlichen Einblicken und praxisnahen Tipps für reges Interesse sorgte.

Der Tag fand seinen Abschluss in einem gemütlichen Abendessen im Café Promenade, wo die Teilnehmenden den Tag in entspannter Atmosphäre ausklingen ließen und neue Kontakte knüpfen konnten. Der Jungunternehmertag 2024 war somit ein voller Erfolg und bot eine ideale Plattform für Weiterbildung und Vernetzung!





Genehmigungsverfahren als Wettbewerbsfaktor

Die Dauer von Genehmigungsverfahren ist ein entscheidender Faktor für die Standortattraktivität und die Bereitschaft, neue Investitionen zu tätigen. Eine im Vorjahr durchgeführte Umfrage der Industriellenvereinigung Steiermark und der Wirtschaftskammer Steiermark zeigt, dass steirische Betriebe insbesondere in den Bereichen des Naturschutzes und der Abfallwirtschaft mit langen zeitlichen Abständen zwischen Antragstellung und Bescheiderlass konfrontiert sind – ein „Credible Commitment“ im Sinne digitaler, personeller und struktureller Reformen ist dringender denn je.

Die steigende Anzahl von Meldungen aus den Mitgliedsbetrieben betreffend überlange Behördenverfahren wurde von der IV-Steiermark und der WKO Steiermark im vergangenen Jahr zum Anlass genommen, das Projekt „Verfahrensbeschleunigung“ ins Leben zu rufen. Zur Erfassung der Ausgangslage und als Basis weiterer Schritte diente eine durchgeführte Umfrage zu den fünf Rechtsbereichen Baugesetz, gewerbliches Betriebsanlagenrecht, Abfallwirtschaftsgesetz, Naturschutzgesetz und Wasserrechtsgesetz. Im nächsten Schritt wurden die Umfrageergebnisse mit Vertreterinnen und Vertretern der wesentlichen Behörden besprochen, um gemeinsam Verbesserungspotenziale zu definieren. Die Umfrage zeigt, dass die Gründe für eine Verzögerung des Verfahrensprozesses vielfältiger Natur sind. Als Spitzenreiter ist die „behördliche Forderung nach weiteren Unterlagen“ (70%) zu verzeichnen, dicht gefolgt von der „Untätigkeit der Genehmigungsbehörde“ (55%). Nur 6% der befragten Teilnehmerinnen und

Teilnehmer geben an, dass es keine Verzögerungsgründe gab. Unter den Industriebetrieben gehen 67% der Befragten davon aus, dass durch Digitalisierung der Aufwand in ihrem Unternehmen sinken würde. Zur effizienteren Abwicklung des Genehmigungsprozesses wären aus Sicht der Befragten „strengere Erledigungsvorgaben für Behörden“, „zwingende zeitliche Vorgaben für Sachverständige“ oder eine „Verfahrenskonzentration“ erfolgversprechend. Dabei rückt abermals die Frage nach einer AVG-Novelle in den Fokus. Nicht zuletzt aufgrund des Umfangs an Sonderverfahrensregelungen und der gesetzlichen Zersplitterung in unterschiedliche Rechtsbereiche steigt der Verwaltungsaufwand. Es sollte daher ein gemeinsames Anliegen von Projektwerbern und Behörden sein, Reformen einzufordern, um eine dynamische Verfahrenskultur zu entwickeln.

Grüne Transformation nicht ohne rasche Genehmigungsverfahren realisierbar

Im globalen Wettbewerb um Investitionen in private und öffentliche Infrastruk-

turprojekte sind die Geschwindigkeit und die Planbarkeit von Genehmigungsverfahren entscheidende Kriterien. Einerseits wird Investoren eine raschere Amortisation ihrer Projekte ermöglicht, andererseits lassen auch die ambitionierten Klimaziele keine Zeit mehr für jahrelange Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die grüne Transformation und der stark beschleunigte globale Wettbewerb verlangen dem Wirtschaftsstandort Steiermark grundlegende strukturelle Veränderungen ab. Grüne Transformation kann ein Business Case sein – wenn effiziente Förderinstrumente und rasche Genehmigungsverfahren zu deren Umsetzung beitragen.

Potenziale zur Verfahrensbeschleunigung nutzen

Die Digitalisierung bietet auch für die Durchführung von Genehmigungsverfahren enorme Effizienzpotenziale. In den Gesprächen mit den Fachabteilungen des Landes bzw. mit den Bezirkshauptmannschaften wurde daher immer wieder auf ein spannendes Projekt des Landes

KEY-TAKE-AWAYS DER MITGLIEDERBEFRAGUNG

- Mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen (102 von 182) hatten in den letzten fünf Jahren Probleme bei behördlichen Genehmigungsverfahren.
- Der Großteil der Unternehmen bespricht den Genehmigungsantrag im Vorfeld mit der Behörde.
- Bei der überwiegenden Mehrheit der Unternehmen wurden Unterlagen nachgefordert.
- 60% der teilnehmenden IV-Mitglieder kennen und nutzen die AWG-Projektsprechtag.
- Ca. 70% der Unternehmen halten die Checklisten für Bauansuchen für hilfreich.
- Bei 80% der IV-Mitglieder wirkte sich die Bau-Übertragungsverordnung positiv aus.

Oberösterreich hingewiesen: Über die Plattform EPA-OÖ (Einreichplattform AVG-Verfahren) sollen in Zukunft Genehmigungsverfahren digital abgewickelt werden; derzeit befindet sich das Projekt in der Pilotierung. Dabei sollen alle für ein Projekt benötigten Bewilligungsverfahren – von der Baugenehmigung bis zu Naturschutzbescheid oder Umweltverträglichkeitsprüfung – auf digitalem Weg abgewickelt werden. Alle Zuständigen können auf den Akt zugreifen, der Projektwerber kann auch andere, etwa ein Planungsbüro, dazu autorisieren. Ein Antrag lässt sich erst einreichen, wenn alle Angaben vollständig sind – am Ende des Verfahrens wird automatisch ein Bescheid generiert.

Als Instrument der Stadt- und Raumplanung und zur Erreichung einer nachhaltigen Entwicklung bzw. zur Vermeidung von Nutzungskonflikten gerät die in der Steiermark geltende Bebauungsplanpflicht in diesem Kontext immer wieder in die Kritik. Bei eingehender Betrachtung wird jedoch klar, dass nicht die Bebauungsplanpflicht an sich für Planungsunsicherheit verantwortlich ist, sondern die knappe Ressourcenausstattung (Behörden, Sachverständige etc.) zur Abwicklung des dahinterstehenden Verwaltungsverfahrens. Es gibt in Graz immer wieder Fälle, bei denen es aufgrund von Nichterlassung von Bebauungsplänen zu einer wesentlichen Verzögerung von Investitionsprojekten kommt.

Im Sinne einer ressourcenschonenden Durchführung von Genehmigungsverfahren bietet sich auch die BH-Übertragungsverordnung an, um die Stellung der BHs zu stärken und Expertenwissen zentral zu bündeln. Eine rasche Umsetzung von Industrietransformationsprojekten wird auch durch die „Übererfüllung“

von EU-Vorgaben ausgebremst: „Gold Plating“ auf Landesebene bewirkt entgegen seinem Selbstzweck einer nachhaltigen Regionalentwicklung das Paradox einer sich negativ entwickelnden Standortattraktivität. Eine stärkere Differenzierung zwischen Voll- und Mindestharmonisierung von EU-Recht sowie mehr Deregulierung sind dringend notwendig, um die Attraktivität für Investitionen zu erhöhen.

Rechtliche Stellschrauben

Eine von IV-Steiermark und WKO Steiermark beauftragte Studie am Institut für Öffentliches Recht und Politikwissen-

schaft der Universität Graz untersucht derzeit Potenziale zur Optimierung von Anlagenzulassungsverfahren. Dabei werden europarechtliche, verfassungsrechtliche und einfachgesetzliche Anforderungen sowie die Praxis der Genehmigungsverfahren analysiert. Abschließend werden konkrete Vorschläge zur Beschleunigung vorgestellt und mögliche Herausforderungen digitaler Regelungen, etwa Rechtsunsicherheit durch Interpretationsbedarf, diskutiert.

In Anlehnung an die jüngsten Entwicklungen findet mit betroffenen Unternehmen sowie Vertreterinnen und Vertre-

tern aus dem Rechtsbereich ein Round Table zum Thema Verfahrensbeschleunigung statt. Auf Basis der o. a. Umfrage unter den Mitgliedsbetrieben und nach Auswertung der rückgemeldeten Erfahrungen werden Betriebe eingeladen, sich aktiv am Strategieprozess zu beteiligen. Im Zentrum steht dabei die Einbindung praxisnaher Aspekte in die nächste Studienphase. Einblicke in die Studie werden die komplexe Ausgangssituation und potenzielle rechtliche Umsetzungsmöglichkeiten näher erörtern. Falls Sie sich beim Projekt „Verfahrensbeschleunigung“ einbringen wollen, wenden Sie sich bitte an die IV-Steiermark (steiermark@iv.at).

Gab es im Rahmen Ihres Genehmigungsverfahrens besondere Gründe, welche die Verfahrensdauer erhöht haben?

Quelle: Umfrage zur Verfahrensbeschleunigung, IV-Steiermark und WKO Steiermark ((87/102)

Behördliche Forderung nach weiteren Unterlagen	70 %
Anrainer- und Nachbarprobleme	37 %
Beteiligung von Umweltschutzorganisationen und Bürgerinitiativen	8 %
Beteiligung/Forderungen der Umweltanwaltschaft	10 %
Untätigkeit der Genehmigungsbehörde	55 %
Mangelnde Verfügbarkeit eines/mehrerer amtlichen/r Sachverständigen/r	32 %
Untätigkeit von Amtssachverständigen	33 %
Andere Verzögerungen bei der Gutachtenerstellung	21 %
Dauer der Rechtsmittelverfahren	13 %
Sonstige	14 %
Keine Verzögerungsgründe	6 %

Drei Fragen an IV-Steiermark-Präsident Kurt Maier

„Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen!“



Herr Präsident Maier, wie waren Ihre ersten Wochen nach der Wahl bei der Ordentlichen Vollversammlung am 3. Juli?

Wir haben den Sommer als neues Präsidium gemeinsam mit unserem Team in der Hartenaugasse intensiv genutzt, um unser Programm, sowohl inhaltlich als auch organisatorisch, für die neue Funktionsperiode zu erarbeiten.

Nach der EU-Wahl und der Nationalratswahl findet in der Steiermark im November auch die Landtagswahl statt. Wie bereitet sich die IV-Steiermark darauf vor?

Wir haben bereits Anfang des Jahres unseren Prozess für eine Agenda Industriestandort 2030 gestartet. Unsere Mitglieder konnten sich in Workshops sowie online einbringen, darüber hinaus haben wir noch Input von weiteren Stakeholdern eingeholt. Es freut mich besonders, dass über 100 Personen mitgewirkt haben. Wir werden das fertige Papier Ende Oktober präsentieren; eines kann ich aber schon vorwegnehmen: Im Vordergrund wird die Wettbewerbsfähigkeit stehen, und es

werden zahlreiche Vorschläge enthalten sein, die aus unserer Sicht für einen attraktiven Wirtschaftsstandort Steiermark essenziell sind und in der kommenden Legislaturperiode angegangen werden müssen.

Können Sie schon einen inhaltlichen Schwerpunkt des Programms nennen?

Die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren ist aus unserer Sicht eines der zentralen Handlungsfelder für die Steiermark. Einerseits brauchen wir rasche Verfahren, damit wir bei der grünen Transformation, etwa in der Energieversorgung, schneller werden; andererseits sollten wir Investitionen, die von unseren Mitgliedsbetrieben trotz der schwierigen konjunkturellen Lage in der Industrie geplant sind, nicht durch zu lange Verfahren verzögern oder gar verhindern – denn die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Wir haben durch eine Befragung unserer Mitglieder, zahlreiche Gespräche mit Behörden und eine derzeit laufende Studie an der Uni Graz einige Vorschläge, die zu effizienteren und rascheren Verfahren beitragen können.

Zwei Services aus einer Hand

Industrielandkarte und Lehrstellenbörse werden gebündelt.

Welche Industriebetriebe gibt es in meinem Bezirk? Wo kann ich mich für eine Stelle als Metalltechnikerin bewerben? Und wo sind die Betriebe mit über 250 Mitarbeitern zu finden? Das sind nur einige der Fragestellungen, die mit dem Onlineangebot von „Die Industrie“ beantwortet werden.

Die Industrielandkarte Steiermark ist eine interaktive Online-Landkarte, die dabei helfen soll, einen schnellen Überblick

über die steirische Industrie und einzelne Unternehmen zu bekommen. Zahlreiche Filteroptionen und die Möglichkeit, nach Lehrstellen oder Ferialjobs zu suchen, machen die Karte zu einem beliebten Tool für Schulen und Journalisten. Auf der Industrielandkarte sind Industriebetriebe ab zehn Mitarbeitern abgebildet.

Die Lehrstellenbörse wiederum ist die zentrale Plattform zum Erfassen der offenen Lehrstellen in steirischen Industriebetrieben, um diese ganzjährig auf lehr-

beruf.info und der Logo-Lehrstellenbörse auszuspielen bzw. mithilfe zielgruppenadäquater Kommunikation durch Medien bzw. Social Media zu bewerben.

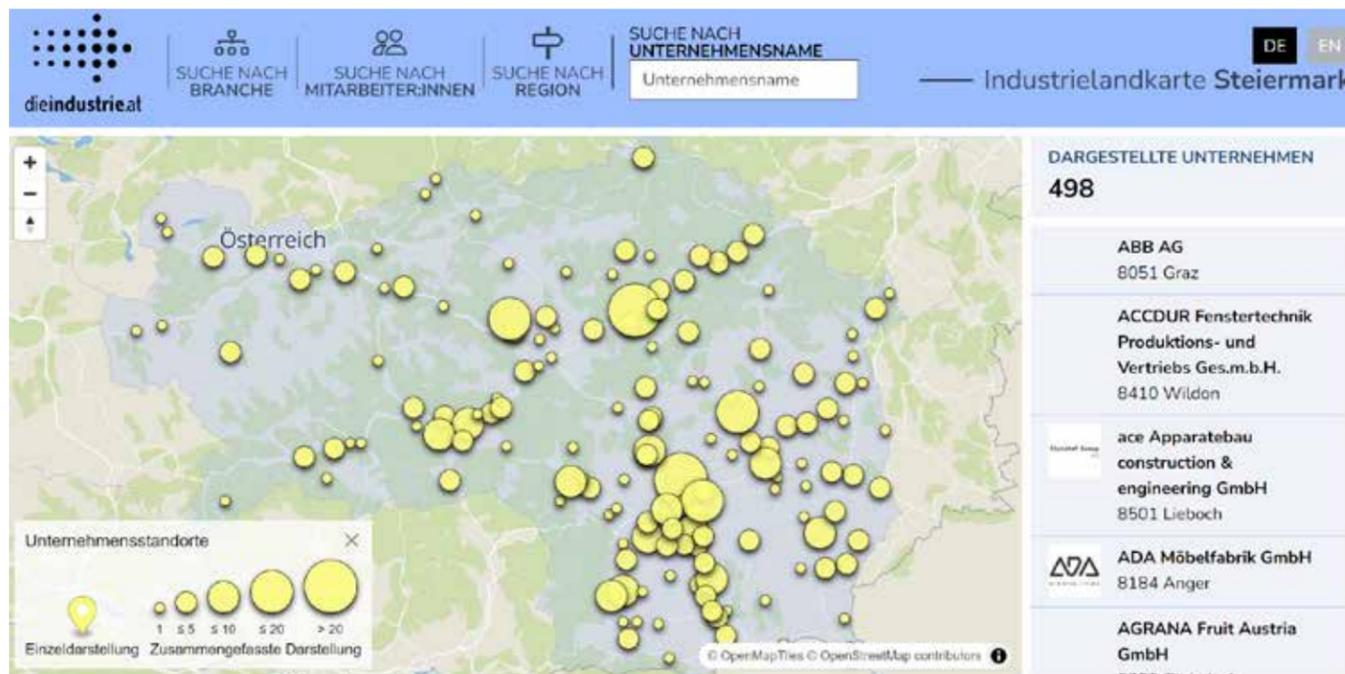
Um diese beiden Services von „Die Industrie“ für unsere Mitgliedsbetriebe noch einfacher und effizienter administrierbar zu machen, haben wir die beiden Systeme zusammengeführt. Die Wartung der Profile obliegt den Unternehmen. Die Industrielandkarte ist Teil von dieindustrie.at, der Informationsplattform der steirischen

Industrie. „Die Industrie“ ist die gemeinsame Dachmarke der Sparte Industrie in der WKO Steiermark und der IV-Steiermark.



WEBTIPP

Der direkte Link zur Industrielandkarte:



„Moment of truth“ war das Thema des heurigen Europäischen Forums Alpbach. Auch in diesem Jahr ermöglichte die IV-Steiermark wieder ausgezeichneten Studierenden sowie Nachwuchswissenschaftlern die Teilnahme am vielfältigen interdisziplinären Programm und an Netzwerkveranstaltungen wie dem traditionellen Empfang des Club Alpach Steiermark.



Gunther Knill, Vizepräsident der IV-Steiermark von 2001 bis 2008, wurde für 50 Jahre persönliche Mitgliedschaft bei der Industriellenvereinigung mit dem Panther der IV-Steiermark ausgezeichnet.



Die JI-Steiermark nutzte den Sommer wieder für einen ausgedehnten Familienausflug. Die diesjährige Wanderung führte die Mitglieder auf den Zirbitzkogel.